



**Mai 2015**

# **CVP-Aktionsplan zur Flüchtlingsproblematik**

## **Ausgangslage**

Die CVP ist erschüttert über die tragischen Schicksale der Flüchtlinge, die uns in letzter Zeit immer wieder vom Mittelmeer her erreichen. In erster Linie muss es nun um die Rettung von Menschenleben gehen. Als C-Partei wollen wir uns dafür einsetzen, dass es nicht wieder zu solch dramatischen Situationen im Mittelmeer kommt!

Noch nie waren so viele Menschen gleichzeitig auf der Flucht. Die Situation im Asylbereich in der Schweiz ist aber angespannt. In den letzten Monaten haben insbesondere die instabile politische Lage sowie Konflikte im Nahen Osten und in Afrika zu einem stetigen Anstieg der Asylgesuche beigetragen. Nicht alle Asylsuchenden fliehen aber vor Krieg und Folter. Es gibt immer wieder Asylsuchende, die auf der Suche nach besseren wirtschaftlichen Perspektiven sind. Wir sagen: Flüchtlinge mit anerkannten Asylgründen müssen in der Schweiz ohne Wenn und Aber Schutz und folglich möglichst schnell Asyl erhalten. Wer aber in der Hoffnung, eine Arbeit, ein Auskommen und ein besseres Leben zu finden, bei uns Asyl beantragt, kann keine Asylgründe geltend machen. Dies sind Wirtschaftsflüchtlinge und haben folglich kein Anrecht auf Asyl in der Schweiz. Solche Asylsuchende müssen möglichst schnell einen definitiven Entscheid erhalten und die Schweiz verlassen. So kann die Empfangsinfrastruktur den Flüchtlingen mit anerkannten Asylgründen zur Verfügung gestellt werden.

## **Die CVP hält an ihren Grundprinzipien fest**

- Wir erhalten die humanitäre Tradition der Schweiz.
- Echte Flüchtlinge haben Anrecht auf Asyl in der Schweiz und müssen möglichst rasch einen positiven Entscheid erhalten.
- Wer keine anerkannten Asylgründe vorbringen kann, soll innert kürzester Zeit einen definitiven Entscheid erhalten und die Schweiz verlassen.
- Die Schweiz kann die Situation nicht allein verbessern: Die internationale Kooperation, v. a. mit der EU, ist unerlässlich und muss verstärkt werden.
- Hilfe wird am effektivsten vor Ort eingesetzt. Bei Ländern, wo Krieg herrscht, muss die Schweiz speziell die Nachbarstaaten unterstützen. Diese nehmen in der Regel am meisten Flüchtlinge auf. Hilfe vor Ort ist ausserdem ein wirksames Instrument gegen Armutsmigration.
- Eine vorläufige Aufnahme darf nicht zu einem dauerhaften Aufenthalt in der Schweiz führen.



## Unser 11-Punkte-Aktionsplan

- 1. Wir begrüßen die Ausdehnung der Rettungsaktionen im Mittelmeer zur Rettung von Menschenleben.** Es benötigt primär Soforthilfe für die Menschen in Seenot. Die Schweiz soll sich im Rahmen des Möglichen personell und finanziell daran beteiligen.
- 2. Wir fordern eine effizientere, verstärkte und auf europäischer Ebene koordinierte Bekämpfung der Schlepper.** Dabei müssen die Mittelmeeranrainerstaaten miteinbezogen werden. Das ist für uns eine Priorität.
- 3. Wir lehnen die Wiedereinführung des Botschaftsasyls ab.** Die Möglichkeit zur legalen Einreise nach Europa ist mit dem „humanitären Visum“ bereits gegeben.
- 4. Wir wollen jene Flüchtlinge aufnehmen, die am meisten Schutz benötigen:** Frauen, Kinder, alte und behinderte Personen. Wir unterstützen die Aufnahme von besonders Schutzbedürftigen im Rahmen von sogenannten Resettlement-Programmen. Besonders bestürzt sind wir über die religiös motivierten Gewalttaten und Hinrichtungen von Christen namentlich im Nahen Osten. Deshalb sollen unter den Schutzbedürftigen bevorzugt verfolgte Christen aufgenommen werden.
- 5. Wir verhindern, dass auf dem Asylweg Extremisten oder Kriminelle in die Schweiz einreisen können.** Die CVP will nicht hinnehmen, dass andersgläubige Flüchtlinge Christen wegen ihres Glaubens bei der Flucht übers Mittelmeer über Bord werfen und dann Asyl im christlich geprägten Europa beantragen. Auch Flüchtlinge, die Kontakte zu terroristischen Organisationen haben, müssen frühzeitig identifiziert und abgewiesen werden.
- 6. Wir fordern den Bundesrat auf, abzuklären, inwiefern eine gemeinsame europäische koordinierte Erfassung von Asylsuchenden nahe der Krisenherde und eine allfällige Weiterführung der Asylsuchenden nach Europa machbar sind ([Postulat von CVP-NR Gerhard Pfister](#)).** Das Schlepperwesen profitiert von einer mangelnden Strategie Europas in der logistischen Bewältigung der Aufgaben nahe der Krisenherde. Eine gemeinsame europäische koordinierte Erfassung und allenfalls Weiterführung nach Europa würde das Schlepperwesen wirksam bekämpfen. Alle Schengen/Dublin-Mitgliedstaaten wären dann „Erstgesuchsland“ für die ihnen zugewiesenen Asylbewerber, was den Druck von den Grenzstaaten nähme.
- 7. Wir fordern, dass sich der Bundesrat im Rahmen des Dublin-Abkommens für eine gerechtere Aufnahmepolitik bei der Verteilung der Asylbewerber in den Dublin-Staaten einsetzt.** Dabei soll die Verteilung proportional zur Bevölkerungsgrösse der Staaten erfolgen. Schengen/Dublin stösst an seine Grenzen. Die Mitgliedstaaten an den Aussengrenzen des Schengen/Dublin-Raums sind überfordert. Sie reagieren darauf mit einer äusserst lückenhaften Erfassung der Asylbewerber, von denen die meisten weiterreisen wollen in andere europäische Länder. Auch die innenpolitische Akzeptanz von Schengen/Dublin in der Schweiz sinkt. **Eine Kündigung des Abkommens wäre allerdings fatal** und würde die Schweiz mit noch mehr Asylbewerbern konfrontieren.



8. **Wir fordern eine Beschleunigung des Asylverfahrens.** Nur mit einer effizienten und strikten Umsetzung der Asylrechtsgrundlagen werden wir dafür sorgen können, dass Flüchtlinge ohne anerkannte Asylgründe schnell einen definitiven Entscheid erhalten und die Schweiz verlassen, damit echte Flüchtlinge aufgenommen werden können.
9. **Wir verstärken die Migrationsaussenpolitik.** Dazu schliessen wir Migrationspartnerschaften inklusive Rückübernahmeabkommen mit afrikanischen und weiteren Ländern ab. Wichtige Herkunftsländer von Asylsuchenden sollen grundsätzlich nur noch finanzielle Mittel der Schweiz erhalten, wenn diese auch dazu bereit sind, ein Rückübernahmeabkommen zu unterzeichnen.
10. **Wir verstärken die Kooperation mit der EU bei Projekten und Programmen** wie z. B. der gemeinsamen Rückführung von abgewiesenen Asylbewerbern in deren Heimatstaat oder der Prävention gegen irreguläre Migration.
11. **Wir verstärken die Hilfe vor Ort.** Die CVP hat sich für die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens eingesetzt. Diese Gelder sind vermehrt in die Bildung zu investieren. Ein spezielles Augenmerk sollte dabei der Berufsbildung gelten, welche ein wirksames Mittel gegen Armut ist.